CDU
Kommunalwahlprogramm der CDU Bielefeld
Gemeinsam erfolgreich

Inhaltsverzeichnis:

Wirtschaft	3
Schule und Bildung	5
Sport	10
Stadtentwicklung	11
Umwelt	16
Finanzen	18
Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit	21
Soziales	22
Jugend	25
Kultur	27

Wirtschaft

Bielefelds Wirtschaft ist mittelständisch geprägt. In unserer Stadt befinden sich viele Unternehmen von Weltruf. Die meisten davon sind familiengeführt. Die Bielefelder Unternehmen sind innovativ, schaffen und sichern Arbeitsplätze und leisten mit ihrem Gewerbesteueraufkommen einen entscheidenden Beitrag zu unserem Gemeinwohl.

Rahmenbedingungen verbessern

Wir müssen die Rahmenbedingungen für Wirtschaft, Handel und Handwerk weiter verbessern und den Wirtschaftsstandort an die zukünftigen Herausforderungen anpassen. Die Wirtschaftsförderung muss einen stärkeren Beitrag leisten, um die lokalen Angebote und Standortqualitäten zu vermitteln und einen umfassenden Service für die Unternehmen der Region bieten. Ein wirtschaftsfreundliches Klima zur Sicherung, Neuansiedlung und Neugründung von Unternehmen ist zu schaffen.

Bildung und Forschung fördern

Ein wichtiger Faktor dieser Förderung ist der Bereich Bildung und Forschung. Die CDU möchte Bielefeld zu einer Wissenschafts- und Hochtechnologiestadt ausbauen. Es gilt Potenziale zu erkennen, zu stärken und einen regionalen Entwicklungsprozess zu verstärken. Wir brauchen Forschungsinstitute wie das Max-Planck-Institut oder die Fraunhofer-Gesellschaft in unserer Stadt.

Das will die CDU

Die regionale Kooperation bei Wirtschafts- und Infrastrukturprojekten muss verbessert werden (OWL-GmbH, interkommunale Gewerbegebiete, Flughafen Paderborn/Lippstadt, Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen).

Die Koordination zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune muss intensiviert werden.

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete zur Erweiterung und Ansiedlung von Unternehmen sichert Innovations- und Zukunftsfähigkeit. Bei Neuansiedlungen müssen Verträglichkeit und Auswirkungen auf bestehende Standorte genau geprüft werden.

Die Wirtschaftsförderung und das Standort-, wie auch das Stadtmarketing müssen effektiver gestaltet werden. Dazu gehört, dass die Politik klare Entwicklungsziele für Bielefeld definiert. Ein neuer Geschäftsführer für die WEGE muss Kernkompetenzen in der Wirtschaftsförderung und wirtschaftlichen Sachverstand vorweisen können. Die Auswahl muss in einem offenen und transparenten Verfahren anhand von objektiven Kriterien erfolgen. Die Position muss mit entsprechenden Entscheidungskompetenzen ausgestattet sein, damit die Wirtschaftsförderung maßgeblich vorangetrieben werden kann.

Der Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Bielefelder Wirtschaft muss ein primäres Ziel der Wirtschaftsförderung sein.

Die Zusammenarbeit in der Wirtschaftsförderung auf regionaler Ebene soll stärker betont werden.

Verbessert werden muss die interkommunale Zusammenarbeit. Bielefeld muss dabei seiner besonderen Rolle als Oberzentrum gerecht werden.

Die CDU kämpft für den Erhalt der Planungshoheit der Kommune. Wir wollen sicherstellen, dass die Planungshoheit zur Ausweisung neuer Flächen zur Gewerbe- und Siedlungsentwicklung bei den Kommunen bleibt und nicht durch das Land gesteuert wird.

Steuern und Gebühren müssen stabil bleiben.

Bauantragsverfahren müssen unternehmensfreundlicher gestaltet werden.

Die CDU steht für eine leistungsorientierte Landwirtschaft, die sowohl konventionell als auch ökologisch ausgerichtet sein kann. Sie ist ein raumbedeutsamer Wirtschaftszweig in der Stadt Bielefeld. Wir werden sie nach all unseren Möglichkeiten unterstützen. Das beinhaltet auch, zusammenhängende Agrarstrukturen nicht durch weitere Bebauung zu zersiedeln.

Unternehmen sollten die Möglichkeit haben, ihren Standort – sofern rechtlich zulässig – zu erweitern. Beim naturschutzrechtlichen Ausgleich fordern wir, statt neue Flächen zu verwenden, Ersatzgeld zu zahlen. Das könnte genutzt werden, um weitere Versiegelungen zu vermeiden, indem mit dem Geld nicht genutzte Bau- und Gewerbeflächen (Brachflächen) marktgerecht saniert oder für die Neubebauung hergerichtet werden.

Die CDU setzt sich durch die Bereitstellung von kostengünstigem und zentralem Büroraum für die Förderung von Start-Ups ein. Ziel ist die „Gründerstadt Bielefeld“.

Schule und Bildung

Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am Leben in unserer Gesellschaft. Die CDU setzt sich ohne jede Einschränkung für den Zugang der Kinder und Jugendlichen aus allen Gesellschaftsschichten zu einer umfassenden Bildung und für eine größtmögliche Förderung aller ein, unabhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft, vom Vorhandensein körperlicher oder geistiger Einschränkungen und vom Einkommen der Eltern. Diesem Ziel muss ein differenziertes und ausschließlich an den Bedürfnissen und Ansprüchen der Schülerinnen und Schüler orientiertes Schulsystem dienen, frei von finanziellen Zwängen, ideologischen Vorurteilen und immer wieder für Unruhe sorgenden und wenig durchdachten und erprobten Schulreformen. Das von der CDU Bielefeld und dem ehemaligen Oberbürgermeister Eberhard David 1999 gestartete und deutschlandweit stark beachtete Schulbausanierungsprogramm, das seinesgleichen sucht, ist die Basis für eine Schullandschaft, die bei vernünftiger und sorgfältiger Planung den Ansprüchen der Zukunft gerecht werden kann. Daraus ergeben sich für die CDU Bielefeld die folgenden Handlungsziele.

Schulentwicklung mit Weitsicht planen

Schulorganisatorische Maßnahmen sind behutsam den sich wandelnden Bedingungen der Schulentwicklung (z.B. demographischer Wandel; Inklusion) anzupassen. Sie setzen eine kluge und umsichtige Schulentwicklungsplanung voraus. Die CDU setzt daher wie bisher vor allem auf einen intensiven Meinungsaustausch mit Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften und deren Vertretungen. Genauigkeit und Vollständigkeit der Planungen besitzen bei allen Überlegungen eine unverzichtbare Priorität. Übereiltem Vorgehen erteilt die CDU eine klare Absage.

Im Primarbereich (Grundschulen) gilt für die CDU das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ mit wohnungsnahen Grundschulen in allen Stadtquartieren. So ist es der CDU im engen Zusammenwirken mit den Eltern in der zu Ende gehenden Legislaturperiode gelungen, alle Grundschulen zu erhalten. Die demographische Entwicklung und die Veränderungen im Lern- und Lehrverhalten werden

allerdings in Zukunft auch organisatorische Anpassungen und bauliche Veränderungen der derzeit 97 städtischen Schulen notwendig machen. Die erforderlichen Entscheidungen wird die CDU immer in enger Abstimmung mit den Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften treffen.

An den weiterführenden Schulen kommt der Sekundarstufe I (Klassen 5-9/10) eine unterschiedliche Bedeutung zu. Während einige Kinder zunächst Defizite aufholen müssen und eine sehr individuelle Förderung benötigen, sind andere intensiv auf eine an den mittleren Abschluss anschließende Berufsausbildung oder auf die Berufskollegs beziehungsweise die gymnasiale Oberstufe vorzubereiten. Die CDU ist sich der großen Verantwortung bewusst, dass der Schulträger dafür die geeigneten Schulformen und die notwendigen materiellen Voraussetzungen schaffen muss.

Das sogenannte „Turboabitur“ (das 8-jährige Gymnasium, G8) hat die Gymnasien, d.h. deren Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern, vor große Herausforderungen gestellt, vor allem da das Land eine angemessene Reduzierung bzw. Anpassung der Lehrpläne versäumt hat. Ein wesentlicher Grund für die Einführung von G8 war, dass Jugendliche aus NRW nicht schon aus Altersgründen gegenüber anderen Bundesländern bzw. anderen Ländern Europas abgehängt werden sollten. Dass die CDU NRW mit dieser Entscheidung für das G8-Abitur trotz aller verständlicher Bedenken richtig lag, beweist die Tatsache, dass nur wenige Gymnasien auf das Abitur nach 9 Jahren zurückgegangen sind.

Die Bielefelder CDU unterstützt die Errichtung einer Primusschule (Zusammenfassung der Klassen 1-10) als weiteren Schulversuch neben der Laborschule, soweit ein ausreichender Elternwille erkennbar ist.

Der Errichtung einer Sekundarschule steht die CDU offen gegenüber. Voraussetzung ist jedoch, dass zu diesem Zweck keine funktionierende und vom Elternwillen getragene Realschule geopfert wird.

Mit großer Besorgnis und Aufmerksamkeit beobachtet die Bielefelder CDU die Entwicklung der Bielefelder Hauptschulen, die insgesamt in ihrem Bestand gefährdet sind. Nachdem die CDU mangels ausreichender Anmeldezahlen der Schließung mehrerer Hauptschulen im Stadtgebiet zustimmen musste, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, einen qualifizierten Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulempfehlung zu sichern.

Integrationspolitik soll erreichen, dass Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft voll teilhaben. Das setzt möglichst gute Sprachkenntnisse voraus. Oberstes Ziel der Bielefelder CDU ist es daher, Kindern schon im Rahmen der frühkindlichen Förderung einen verlässlichen Zugang zur deutschen Sprache zu sichern.

Dem Versuch, alle Bielefelder Förderschulen zum Schuljahr 2013/2014 zu schließen, hat sich die CDU erfolgreich widersetzt. Das entspricht dem Grundsatz, dass es nur Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften zukommt, die Entscheidung darüber zu treffen, welche Schule die beste für das einzelne Kind ist. Diesem Prinzip fühlt sich die CDU auch in Zukunft verpflichtet. Ausdruck dieser Verpflichtung ist z.B. die Zusammenlegung der Bonifatiusschule mit der Tieplatzschule, anstelle der Schließung beider, um so das notwendige schulische Angebot aufrecht zu erhalten.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass viele Eltern die offene Ganztagsschule wollen. Aus diesem Grund hat die Bielefelder CDU die Ausweitung des offenen Ganztags gefördert, mit der zwingenden Maßgabe einer qualitativ hochwertigen und kindgerechten Betreuung und Förderung. Darüber hinaus wird von der Bielefelder CDU die Entwicklung zu geschlossenen / echten Ganztagsangeboten als weitere Qualitätssteigerung des Bildungsangebotes für Kinder und Jugendliche unterstützt.

Gemeinsames Lernen sicherstellen – Förderschulen erhalten

Die CDU stellt fest: „Inklusion hat längst begonnen“. Bereits seit vielen Jahren werden in Bielefeld behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler, und solche mit und ohne Förderbedarf gemeinsam unterrichtet. Schulgebäude und Sporthallen werden spätestens seit 1999 barrierefrei gestaltet. Für die Bielefelder CDU war es schon immer ein Grundsatz, dass eine heterogene Schülerschaft ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert werden muss.

Um bei der Errichtung des „Gemeinsamen Lernens“ optimale Startbedingungen und eine hohe Qualität des Förderangebotes sicher zu stellen, müssen räumliche, sächliche und personelle Voraussetzungen an den ausgewählten Bielefelder Schulen nachhaltig erfüllt sein. Nur so kann sichergestellt werden, dass den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler mit und ohne Förderbedarf gleichermaßen Rechnung getragen werden kann.

Mit der Errichtung des „Gemeinsamen Lernens“ droht der erfolgreichen und auch zukünftig notwendigen Bielefelder Förderschullandschaft das Aus. Die Bielefelder CDU fordert daher, die Bielefelder Förderschullandschaft mit allen sonderpädagogischen Unterstützungsbedarfen für die zu fördernden Schülerinnen und Schüler in ihrem bisherigen personellen, wie auch räumlichen Umfang und in ihrer Qualität zu erhalten.

Auf Antrag der CDU hat der Bielefelder Schulausschuss die Einrichtung einer Steuerungsgruppe „Schulische Inklusion“ beschlossen. Die CDU will damit gewährleisten, dass alle von der schulischen Inklusion Betroffenen in die notwendigen Entscheidungsprozesse frühzeitig einbezogen werden.

Abendschulen und Berufskollegs stärken

Die hohe Belastung der Studierenden an den Abendschulen und Berufskollegs verdient unseren ganzen Respekt. Für die Bielefelder CDU war es daher ein wichtiges Anliegen, die Lehr- und Lernbedingungen im Abendgymnasium durch den Umzug in das renovierte Gebäude der ehemaligen Gutenbergschule deutlich zu verbessern. Auch in Zukunft können die Abendschulen der Unterstützung der Bielefelder CDU sicher sein.

Das gilt selbstverständlich auch für die sechs Bielefelder Berufskollegs, die durch immer neue Bildungsangebote die sich ändernden gesellschaftlichen Anforderungen abbilden.

Schülerbeteiligung an der Schulpolitik fördern

Die Beteiligung Bielefelder Schülerinnen und Schüler am Prozess der Schulentwicklungsplanung ist ein wichtiger Bestandteil moderner Bildungspolitik. Die Schülervertreter sind im Schul- und Sportausschuss zu einem wichtigen Bestandteil des Meinungsbildes geworden. Die CDU wird dieses große Meinungspotential weiterhin in ihre Überlegungen einbeziehen.

Elternarbeit an Bielefelder Schulen stärken

Der Stadtelternrat hat sich in die Schulentwicklungsplanung stark eingebracht; dasselbe gilt für die Schulform-Elternvertretungen. Beide Gruppen sind wichtige Beteiligte am Diskussionsprozess. Sie alle können auch weiterhin die CDU als ihren zuverlässigen Ansprechpartner betrachten.

Funktionalen Analphabetismus und Rechenschwäche (Dyskalkulie) bekämpfen

Eine soeben veröffentlichte Studie hat wiederholt zu Tage gebracht, dass jeder fünfte Deutsche kurze Texte nicht lesen oder schreiben kann. Lesen und Schreiben sind die Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die CDU wird daher alles dafür tun, um den Anteil Bielefelder Bürgerinnen und Bürger mit Lese- und / oder Rechtschreibschwächen stetig zu verringern.

Ebenfalls setzt sich die CDU Bielefeld für eine Förderung von Projekten für Schülerinnen und Schüler mit Rechenschwäche ein. Hierfür soll eine Kooperation mit dem Didaktischen Labor an der Universität vorangetrieben werden. Die CDU Bielefeld will kein Kind zurücklassen und jedem eine faire Chance für sein Leben ermöglichen.

Änderung der Schulanfangszeiten sorgfältig prüfen

Seit vielen Jahren werden in Bielefeld die Schulanfangszeiten weiterführender Schulen zur Entzerrung des öffentlichen Nahverkehrs wegen damit verbundener Einsparungen bei MoBiel diskutiert. Ein neuerlicher Vorschlag sieht Schulanfangszeiten zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr vor. Bei der Diskussion darf nicht außer Acht gelassen werden, dass geänderte Schulanfangszeiten einen erheblichen, möglicherweise auch negativen Einfluss auf den morgendlichen familiären Ablauf haben können. Hinzu kommt, dass ein späterer Schulbeginn auch ein späteres Unterrichtsende nach sich zieht. Nachschulische Aktivitäten werden dadurch verkürzt oder ganz verhindert. Die CDU wird sicherstellen, dass der Einfluss geänderter Schulanfangszeiten in einem gesunden Verhältnis zu nachzuweisenden Einsparungen im öffentlichen Personennahverkehr steht.

Schulbau- und Sporthallensanierungsprogramm fortsetzen

In den zurückliegenden 14 Jahren ist auf der Grundlage des durch die CDU initiierten Schulbausanierungsprogramms ein Großteil der 97 Bielefelder Schulen und Schulsporthallen renoviert und saniert worden. Noch nicht alle Gebäude sind in diesen Genuss gekommen und einige Gebäude, die zu Beginn des Programms renoviert worden sind, könnten schon wieder eine Verjüngungskur brauchen. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler von den zum großen Teil sehr aufwendigen

Sanierungen in hohem Maße profitiert haben, sodass es auch in Zukunft die feste Absicht der Bielefelder CDU ist, mit dem Programm ohne Unterbrechung fortzufahren.

Akteure bei Medienplanung einbeziehen

Die CDU Bielefeld hat ebenfalls 1999 mit dem Medienentwicklungsplan den Grundstein dafür gelegt, dass alle Bielefelder Schulen mit Computern, Computerzubehör, schulspezifischer Software und den nötigen Anschlüssen ausgestattet wurden und der Bestand jährlich, in Absprache mit den Schulen, den jeweiligen Erfordernissen angepasst worden ist. Da die Entwicklung im IT-Bereich rasant fortschreitet, ist es für die Schulen von großer Bedeutung, dass auch dort die Einrichtungen mit der Entwicklung Schritt halten. Um dieser Verantwortung Rechnung zu tragen, setzt sich die CDU dafür ein, dass der schulische Medienentwicklungsplan unter der Beteiligung aller Akteure auf der Grundlage eines langfristigen Konzepts und den Erfordernissen entsprechend regelmäßig fortgeschrieben wird.

Sport

Für die CDU ist die Förderung des Sports ein wichtiges Anliegen. Deshalb setzt sie sich mit Nachdruck für die Förderung des Vereins- und Freizeitsports ein. Attraktive Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dienen der Gesundheit, vermitteln Wohlbefinden und fördern die Integration.

Konstruktiv und mit den Vereinen

Mit konstruktiven Vorschlägen hat die CDU maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Großsportfelder Ende 2013 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Grundlage für die politische Arbeit waren die Handlungsempfehlungen einer groß angelegten Studie. Es war der Fraktion wichtig, den Stadtsportbund, und damit die Vereine, in alle Entscheidungsprozesse einzubinden.

Dem Wandel Rechnung tragen

Dringenden Handlungsbedarf sieht die CDU bei den Sporthallen. In Abstimmung mit dem Stadtsportbund, den Vereinen und dem Sportamt soll ein „koordiniertes Sportstättenmanagement“ entstehen.

Notwendig ist zunächst eine kritische Überprüfung der vergebenen Hallenzeiten und der Bedarfsmeldungen der Vereine. Ziel einer Optimierung muss eine stärkere Vernetzung der Vereine und eine bessere Auslastung der Hallen sein. Bei den Überlegungen müssen aktuelle Entwicklungen berücksichtigt werden. Dazu zählen die neuen Bedarfe der offenen Ganztagsschulen, der demographische Wandel und Trendverschiebungen innerhalb des Sports. Stichwort: Weniger Ball, mehr Gesundheitssport und Fitness. Notwendige bauliche Sanierungen sollen erfasst werden und unter Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage nach einer Prioritätenliste abgearbeitet werden.

„Sporträume“ entwickeln

In den kommenden Jahren will die CDU die Entwicklung von „Sporträumen“ vorantreiben. Es wird zunehmend wichtig, für alle Altersgruppen attraktive Sport- und Bewegungsräume anzubieten. Vorschläge über eine entsprechende Gestaltung von Parks oder Grünanlagen sollen in Zusammenarbeit mit Verkehrs- und Grünflächenplanern und den Bezirksvertretungen erarbeitet werden. Eventuell notwendige Umbauten oder Renovierungen der Flächen können aus dem Zehn-Prozent-Anteil der Sportpauschale finanziert werden.

„Sportpark Alm“ zeitgerecht entwickeln

Die von vielen Schulen und Vereinen genutzte Almsporthalle ist abgängig mit der Notwendigkeit eines Neubaus. Um den hohen Bedarfen von Schulen und Vereinen gerecht zu werden, sind ein Schulschwimmbad und Sporthallen mit einer neuen zeitgerechten Nutzung für Schulen und Vereine zu erstellen. Die Vision beinhaltet auch ein Beachvolleyballfeld in unmittelbarer Nähe.

Nachgedacht werden soll zudem über eine Mountainbike-Strecke und einen Bikepark mit Lernstrecke für Schüler.

Stadtentwicklung

Bielefeld ist die lebens- und liebenswerte Metropole in Ostwestfalen-Lippe mit attraktiven und lebendigen Stadtbezirken, die es zu erhalten gilt. Die Stadt verfügt über viel Potential. Die CDU will in der Stadtentwicklungspolitik, Perspektiven erarbeiten und konkret umsetzen, die den demographischen

Wandel annehmen, Bildungseinrichtungen, Handel und Wirtschaft fördern, bezahlbaren Wohnraum schaffen und die Verkehrsinfrastruktur sichern.

Medizinische Fakultät an der Uni Bielefeld

An den Bielefelder Hochschulen sind mehr als 30.000 Studierende eingeschrieben. Die CDU begrüßt den Ausbau und die Renovierung der Universität. Mit Nachdruck setzt sich die CDU weiter für die Ansiedlung einer medizinischen Fakultät an der Uni ein.

Nach Fertigstellung des Hochschulcampus` sind die planerischen Voraussetzungen für die Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen zu schaffen. Kurzfristig sollen zusätzliche Flächen für die Ansiedlung von Ausgründungen und „Start Ups“ bereitgestellt werden. Die Altstandorte der Fachhochschule sollen für bildungsnahe Einrichtungen nutzbar gemacht werden.

Den Einzelhandel fördern

Bielefeld ist ein Einzelhandelsstandort mit hoher Anziehungskraft, der ausgebaut werden soll. Die CDU will die vorhandenen Zentren stärken und die Attraktivität der Stadtquartiere fördern. Es muss insbesondere sichergestellt werden, dass die Innenstadt verkehrstechnisch gut erreichbar bleibt.

Die CDU begrüßt die Ansiedlung eines ECE-Shoppingcenters am Standort City-Passage. Ebenso befürwortet die CDU die Umgestaltung der Karstadt-Immobilie und der Marktpassage. Für die Entwicklung im Bereich der Bahnhofstraße müssen Perspektiven entwickelt werden.

Das Quartier Wilhelmstraße muss aufgewertet werden. Notwendig ist ein Gesamtkonzept mit einer ausgewogenen Mischung aus Wohnen, Handel, Hotel- und Büronutzung.

Für die obere Obernstraße und den Klosterplatz ist ein Gesamtkonzept unter Einbeziehung des Gesellschaftshauses und der benachbarten Passage zu entwickeln. Dabei muss auch über die Gestaltung und Nutzung des Klosterplatzes (Stichwort Wochenmarkt) nachgedacht werden.

In den Nebenzentren soll der Einzelhandel gemäß seiner Bedeutung für die Nahversorgung gefördert werden. Fortgesetzt werden soll eine geordnete Entwicklung der Ausfallstraßen.

Wohnungen und Gewerbeflächen schaffen

Bielefeld ist eine zukunftsorientierte Stadt, die jungen Menschen und ihren Familien Angebote unterbreiten muss, sich hier niederzulassen und eine Heimat zu finden. Den Betrieben muss ausreichend Fläche zur Erweiterung oder zur Neuansiedlung geboten werden.

Es ist ein ausreichendes Angebot an Wohnbauland vorzuhalten. Die CDU favorisiert dabei die Abrundung von vorhandenen Siedlungsbereichen.

Neben dem Erdbeerfeld und dem interkommunalen Gewerbegebiet an der Ostwestfalenstraße sind weitere Gewerbeflächen, insbesondere aber auch im Umfeld des Hochschulcampus zu schaffen. Derzeitige Brachflächen sind so aufzubereiten, dass sie wieder gewerblich genutzt werden können.

Da die britischen Streitkräfte Bielefeld in absehbarer Zeit verlassen, sollte ein Entwicklungskonzept für die derzeit noch militärisch genutzten Flächen entwickelt werden.

Die Schaffung studentischen Wohnraums spielt für die CDU Bielefeld eine wichtige Rolle. Eine Wissenschaftsstadt wie Bielefeld muss auch im Hinblick auf den Wohnungsmarkt attraktiv für Studenten bleiben.

Die Stadt wird private Eigentümer bei der energetischen Optimierung von Neu- und Bestandsbauten unterstützen. Das gilt sowohl für die Planung als auch für die Umsetzung.

Die Gebühren für die Müllabfuhr und die Abwasserentsorgung müssen stabil bleiben.

Für die Wochenmärkte ist ein neues Konzept zu entwickeln, um das Angebot frischer und qualitätsvoller Ware zu erweitern.

Mobilität sichern

Der moderne Großstadtbürger ist mobil. Deshalb hat Bielefeld als Flächenstadt mit hoher Anziehungskraft für das Umland, Mobilität in allen Bereichen sicherzustellen.

Die vorhandene Straßeninfrastruktur muss erhalten bleiben, der Sanierungsstau ist abzubauen. Bei der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen muss die

Koordination verbessert werden. Im Anschluss an die Arbeiten müssen die Straßen und Wege wieder ordnungsgemäß hergestellt werden.

Die Ampelschaltungen müssen intelligent optimiert werden, um den Verkehrsfluss zu optimieren.

Die CDU lehnt eine Umweltzone für Bielefeld ab. Zur weiteren Entlastung soll ein Lkw-Leitkonzept für das gesamte Stadtgebiet entwickelt werden.

Nach der Fertigstellung der A 33 zwischen Autobahnkreuz A 2 und der B 61 ist zeitnah die Ortsumgehung Ummeln (B 61neu) zu verwirklichen. Im Zusammenhang mit der Rückstufung von Teilbereichen der B 61 und B 68 muss über deren weitere verkehrliche Nutzung und Bedeutung nachgedacht werden.

Der vierspurige Ausbau der L 756 im Bereich der Sennestadt ist zur zweispurigen Ortsdurchfahrt zurückzubauen.

Der vierspurige Ausbau der B 61 im Bereich der Herforder Straße bis zur Grafenheider Straße sowie der Ausbau der Grafenheider Straße und der L 712n von der Altenhagener Straße bis zur Herforder Straße ist zügig umzusetzen, um die Verkehrsströme im Bielefelder Osten nachhaltig zu verbessern.

Die CDU will das Bielefelder Straßenbahnnetz weiterentwickeln. Die Strecken nach Milse und im Bereich des Hochschulcampus` müssen kurzfristig realisiert werden. Der Stadtbahnausbau nach Hillegossen ist vorzubereiten.

Linie 5 – verabschiedeter Kompromissbeschluss

Der Ausbau des Bielefelder Stadtbahnnetzes kann für uns eine zukunftsweisende Investition sein. Deshalb soll diese Chance genutzt werden, die Stadtbahnlinie 5 zwischen Heepen und Sennestadt als Niederflurstraßenbahn zu realisieren, unter der Voraussetzung, dass die Bielefelder Bürger die Realisierung zum 25. Mai 2014 befürworten und die Fördermittel von Bund und Land gewährt werden sowie die Eigenfinanzierung der von der Stadt Bielefeld derzeit mit mindestens 13 Mio. € ermittelten Aufwendungen möglichst ohne weitere Schuldenaufnahme sichergestellt ist. Im Rahmen einer möglichen Realisierung werden wir uns im Sinne eines bürgerverträglichen Ausbaus insbesondere dafür einsetzen, dass:

- eine Verknüpfung der Straßen- und Stadtbahn im Bereich des Brackweder Bahnhofes stattfinden kann;

- der Jahnplatz als Hauptverkehrsplatz der Stadt neben der Straßenbahn auch weiterhin von Individualverkehr genutzt werden kann;
- die genaue Trassenführung nach Heepen so gewählt wird, das eine leistungsfähige Erreichbarkeit der Innenstadt über die Heeper Straße auch für den Individualverkehr zukünftig sichergestellt ist;
- der genaue Streckenverlauf auf den Hauptstraßen in Heepen und Sennestadt im Einvernehmen mit den Bürgern so erfolgt, dass auch die Belange des laufenden und ruhenden Verkehrs beachtet werden und
- die Ausbildung der Endhaltestellen im Bereich der Potsdamer Straße so ausgestaltet wird, dass noch genügend Verkehrsraum für den Individualverkehr zur Verfügung steht.

Der Busverkehr ist den aktuellen Entwicklungen ständig anzupassen. In den Stadtrandgebieten ist auch über Bürgerbusse oder den Ausbau des Anrufsammeltaxi-Verkehrs nachzudenken.

Die CDU setzt sich nicht nur für mehr Verbindungen ein, sondern auch für eine durch Bus und Bahnen gut vernetzte Stadt. Dafür bedarf es eines reformierten Busnetzes. Der Status quo, (fast) alle Busse fahren zum Jahnplatz, sollte überdacht werden. Wünschenswert wäre eine Ergänzung des bestehenden Bussystems durch mehr Querverbindungen (Kreissystem), um so eine schnellere Fortbewegung zwischen den Stadtteilen zu ermöglichen.

Der Ausbau der Sennebahn zum Oberzentrum Paderborn ist zeitnah abzuschließen. Mit der Ausgestaltung der Haltepunkte und der Anbindung des weiteren ÖPNVs ergeben sich besondere Erschließungspotentiale im Bielefelder Süden.

Die CDU setzt sich für die Umsetzung eines Leihfahrradsystems am Beispiel von „call a bike“ im Stadtgebiet Bielefeld ein. Dabei sind Ausleihstationen an möglichst vielen zentralen Plätzen in der Innenstadt und den Stadtbezirken sowie den Stadtbahnhaltestellen zu errichten. Die Einführung bedeutet eine Entlastung der Straßen als auch einiger öffentlicher Verkehrsmittel und die Verlagerung auf die gut ausgebauten Fahrradwege der Stadt. Ziel ist eine optimale Ergänzung zu den bestehenden Systemen.

Die CDU Bielefeld setzt sich für einen fairen Preis des Semestertickets für die Bielefelder Studenten ein.

Digitale Infrastruktur fördern - leistungsfähiges Internet sichern

Die hochdigitalisierte und vernetzte Gesellschaft ist auch in der Stadt Bielefeld als moderne, zukunftsorientierte Großstadt ein immer wichtiger werdendes Thema. Die Option umfangreichen Datenverkehr abwickeln zu können ist ein wesentlicher Standortfaktor für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Daher ist sicherzustellen, dass allen Bielefelder Unternehmen der Zugang zu einer zukunfts- und innovationsfähigen Infrastruktur in Form von Hochgeschwindigkeitsdatenleitungen ermöglicht wird. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Breitbandnetzes in unserer Stadt vor allem mit Glasfasernetzen ein, damit Bandbreiten von bis zu einem Gigabyte/Sekunde sichergestellt werden können.

Die kostenfreie Nutzung von W-LAN auf zentralen Plätzen und in Straßenbahnen sowie ein funktionierendes Mobilfunknetz im Straßenbahntunnel soll konzeptionell erarbeitet werden.

Untersee mit privater Hilfe

Bielefeld hat einen hohen Freizeit- und Erholungswert. Die Stadt verfügt über ein hervorragendes Grünnetz. Was fehlt, ist Wasser. Die CDU hält am Ziel eines Untersees fest. Die Finanzlage lässt es aber nach wie vor nicht zu, einen 50 Hektar großen See aus eigenen Mitteln zu realisieren. Die CDU möchte ausloten, ob eine Verwirklichung in Zusammenarbeit mit privaten Investoren möglich ist. So lange sind die notwendigen Flächen zu sichern. Nachdenken sollte man über eine behutsame Freizeitnutzung auf der Wasserfläche des Obersees.

Die Sanierung der Sparrenburg steht vor dem Abschluss. Um die touristische Attraktivität des Bielefelder Wahrzeichens zu steigern, muss ein zeitgemäßes gastronomisches Angebot gesichert werden.

Im Rahmen der Maßnahme Stadtparklandschaft ist das vorhandene Freizeitangebot behutsam auszubauen, das vorhandene Wegenetz in den Grünbereichen soll verbessert und ergänzt werden.

Umwelt

Umweltpolitik ist für die CDU eine allumfassende Aufgabe und Zukunftschance. Für die CDU bilden Umwelt- und Klimaschutz, sowie eine Reduzierung der

Lärmentwicklung eine untrennbare Einheit mit der Stadtentwicklung. Die Stadt Bielefeld benötigt ein integriertes Konzept zum Zusammenspiel von Umwelt, Natur, Wohnen, Gewerbe, Freizeit und Verkehr. Unter dem Ziel dieser Entwicklungsleitlinie setzt die CDU Schwerpunkte für die konkrete Arbeit in der nächsten Legislaturperiode. Dabei sollen überzogene ideologische Umsetzungen vermieden werden.

Für die CDU bilden Umwelt- und Klimaschutz eine untrennbare Einheit mit der Stadtentwicklungspolitik. Die derzeitige formale Trennung der beiden Ausschüsse lässt eine zukunftsfähige Politik aus einem Guss nicht zu. Wir halten es daher für erforderlich, wieder einen gemeinsamen Ausschuss zu bilden.

Landschaft und Natur erhalten

Die CDU will die Naturschutzgebiete und ökologisch wertvolle Landschaftsflächen sinnvoll vernetzen und standortgerecht entwickeln.

Die Pflege von Wasserläufen und naturnahen Räumen kann auf Antrag privaten Anbietern übertragen werden.

Acker- und Bachrandstreifen sind mit Blick auf den Schutz von Pflanzen und frei lebenden Tieren zu sichern.

Die CDU setzt sich für die Förderung von Modellen ein, die die Vermarktung heimischer, landwirtschaftlicher Erzeugnisse bevorzugt. Damit sollen lange Transportwege vermieden werden.

Die Erhaltung des Naturraumes ist durch eine gezielte Stadtentwicklungs- und Bodenpolitik weitest möglich zu sichern.

Klima schützen

Für Windkraft- und Solaranlagen sollen Vorranggebiete ausgewiesen werden. Einen weiteren Ausbau über beschlossene Vorranggebiete hinaus lehnen wir ab. Die Höhen des Teutoburger Waldes sind für die CDU tabu. Die Einschränkungen für betroffene Anwohner sowie Flora und Fauna sollen im Einzelfall geprüft und so gering wie möglich gehalten werden.

Zur Verbesserung des Klimaschutzes ist Energieberatung unabdingbar. Die CDU räumt hierbei der Beratung Dritter gegenüber kommunaler Beratung Vorrang ein.

Die Stadt muss zur Förderung des Klimaschutzes ihren Kurs bei der Sanierung kommunaler Immobilien beibehalten und ausbauen.

Umweltverträgliche Verkehre (Rad, Bus und Bahn, innovative Antriebe) müssen ausgebaut und gefördert werden.

Wegen der besonderen Bedeutung für das Mikroklima sind die Freiluftschneisen in Bielefeld zu erhalten und zu sichern.

Bodenversiegelungen und Bauverdichtungen müssen auf ihre Klimaverträglichkeit geprüft werden.

Wasserschutz verbessern

Die Stauteiche müssen dringend entschlammt werden.

Um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt besser zu schützen, wird die CDU dem Hochwasserschutz eine hohe Priorität einräumen.

Damit die hohe Trinkwasserqualität in Bielefeld gewährleistet ist, muss die Wasserförderung bei den Stadtwerken Bielefeld verbleiben.

Um die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger gering zu halten, sind im Rahmen der verpflichtenden Dichtheitsprüfungen für private Haushalte die Spielräume des Gesetzes voll auszuschöpfen. Die CDU setzt sich für eine Beschränkung auf Wasserschutzgebiete ein.

Finanzen

Die Ausgangslage ist dramatisch

Zum 1. Januar 2009 wies die Stadt Bielefeld eine Bilanzsumme von 2,25 Milliarden Euro aus. Das Eigenkapital betrug rund 1,07 Milliarden Euro. Die Verbindlichkeiten lagen bei 380 Millionen Euro. Die Rückstellungen wurden mit 615 Millionen Euro ausgewiesen, davon 535 Millionen Euro für Pensionen.

Seitdem hat sich die finanzielle Lage dramatisch verschlechtert: Zwei Zahlen belegen dies: Das Eigenkapital sank um mehr als die Hälfte auf nur noch 405,4 Millionen Euro. Die Verschuldung durchbrach 2012 die Milliardengrenze und wird bis zum Ende der Legislaturperiode ein Rekordniveau von fast 1,2 Milliarden Euro erreicht haben.

Verlorene Jahre

Angesichts dieser Zahlen ist festzustellen, dass das Konsolidierungsprogramm des Oberbürgermeisters und der Ampelmehrheit aus SPD, Grünen und FDP untauglich ist. Trotz der positiven Entwicklung der Wirtschaft in Bielefeld mit höherem Steueraufkommen und hohen Beschäftigungszahlen sind die Schulden weiter gestiegen, und das Eigenkapital wird weiter aufgezehrt: Verlorene Jahre!

Dass es nicht zu Umkehreffekten gekommen ist, liegt am falschen Ansatz des Konsolidierungsprogramms. Der Blick ist fast ausschließlich auf die Einnahmeseite gerichtet. Grund- und Gewerbesteuern wurden zwei Mal erhöht, die Gebühren und kalkulatorischen Zinsen angehoben. Es gab aber nur unzureichende Bemühungen, die Kosten zu senken.

Das gilt erst recht für die Entwicklung beim städtischen Personal. Der CDU-Oberbürgermeister Eberhard David hat in den Jahren von 2000 bis 2008 rund 500 Stellen in der Verwaltung und den Eigenbetrieben abgebaut. Sein Nachfolger hat hingegen seitdem 296 zusätzliche Stellen im Stellenplan geschaffen.

Mehr Geld ausgegeben als eingenommen

Fest steht: Bielefeld hat seit 2009 Jahr für Jahr mehr Geld ausgegeben als eingenommen. Dafür gibt es drei Gründe:

Der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen überhäufen die Städte und Gemeinden mit Pflichtaufgaben, stellen aber die notwendigen Finanzmittel nicht zur Verfügung. Dabei tut sich insbesondere NRW negativ hervor. In keinem anderen Bundesland ist die Verschuldung der großen Städte so hoch wie in Nordrhein-Westfalen.

Die Stadt Bielefeld lebt über ihre Verhältnisse, weil sie freiwillig Leistungen erbringt, ohne das erforderliche Geld vorher eingenommen zu haben.

Die Verwaltung ist in weiten Teilen überbürokratisch organisiert und arbeitet häufig ineffizient. Es gibt unnütze Parallelstrukturen und teure Doppelzuständigkeiten.

Was ist zu tun?

Ziel muss es sein, bis zum Ende der Legislaturperiode 2019 einen in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Um dies zu erreichen, sind zunächst der Bund und die Länder gefordert. Notwendig ist eine umfassende Finanzreform, die den Kommunen in ausreichendem Maße das Geld zur Verfügung stellt, das notwendig ist, um die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen zu können. Ohne eine solche Finanzreform bleiben alle Anstrengungen der Kommunen, ihre Haushalte auszugleichen, vergeblich.

Die Städte und Gemeinden, damit auch Bielefeld, dürfen die Hände aber nicht in den Schoß legen. Sie müssen selbst alles in ihrer Macht stehende tun, um eine ausufernde Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen zu verhindern.

Dabei muss Bielefeld anders vorgehen, als es unter dem derzeitigen Oberbürgermeister und der Ampelkoalition in den vergangenen Jahren die Regel war. Der Finanzmisere darf nicht in erster Linie durch ständige Steuererhöhungen und finanzielle Mehrbelastung der Bürger begegnet werden. Stattdessen muss auf der Kostenseite gespart werden. Zwingend notwendig ist eine schonungslose Überprüfung aller freiwilligen städtischen Leistungen und ein schlüssiges Konzept, wie die Aufgaben in der Verwaltung effizienter erledigt werden können.

Unerlässlich ist auch, wieder zu den Grundsätzen eines „ordentlichen Kaufmanns“ zurückzukehren. Die Planungs- und Entwicklungsziele müssen realistisch und belastbar sein und dürfen nicht – wie zum Beispiel unter dem derzeitigen Oberbürgermeister bei der Gewerbesteuerentwicklung – von Wunschdenken geleitet sein.

Erwähnt werden muss aber auch, dass die gesamte Finanzplanung abhängig von den Entwicklungen auf dem Zinsmarkt ist.

Das will die CDU

Die CDU setzt für die kommende Legislaturperiode in der Finanzpolitik folgende Schwerpunkte:

Die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern wird ausgeschlossen.

Die Prüfung einer Gewerbesteuersenkung unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Umland ist eine stetige Aufgabe.

Bis 2019 werden in der Verwaltung 300 Stellen abgebaut. Das soll erreicht werden durch Aufgabenreduzierung und effizientere Prozessgestaltung. Betriebsbedingte Kündigungen wird es nicht geben, der Stellenabbau geschieht über die Fluktuation.

Freiwillige sowie Pflichtaufgaben der Stadt werden überprüft mit dem Ziel, weitere Kostensenkungspotentiale zu erschließen.

Es wird nur noch Planungen geben, die rentierlich und solide ausfinanziert sind.

Straßen und Gebäude sind laufend zu unterhalten und im Bedarfsfall rechtzeitig zu sanieren, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Eine dynamische Wirtschaftsförderung, die sich um Probleme vorhandener und die Ansiedlung neuer Unternehmen kümmert, sorgt für eine Steigerung der Einnahmen.

Alle Programme, Projekte und Entwicklungsziele stehen unter Finanzierungsvorbehalt.

Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bestimmt entscheidend die Lebensqualität unserer Stadt. Für die Ordnungs- und Sicherheitspolitik der CDU haben neben reinen Sicherheitsaspekten ein geordnetes Miteinander, Rücksicht auf andere und der Einsatz für ein sauberes und attraktives Bielefeld herausragende Bedeutung.

Dafür setzt die CDU sich ein

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und der Stadt Bielefeld in Form von Ordnungspartnerschaften muss intensiviert und ausgebaut werden.

Das erfolgreiche „Stadtwachenkonzept“ wollen wir auf die anderen Stadtbezirke übertragen. Auch in den Bezirken sollen die Beamten der Polizei durch städtische Ordnungskräfte ergänzt werden.

Die Sicherheit an Brennpunkten wie Jahnplatz oder Boulevard in den Abend- und Nachtstunden soll durch die Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften verbessert werden.

Die gezielte Ausleuchtung in sogenannten Angsträumen muss verbessert werden.

Es ist zu prüfen, ob eine Videoüberwachung des Kesselbrinks Vandalismus verhindern kann.

Der Brandschutzbedarfsplan muss unter Berücksichtigung der aktuellen technischen Voraussetzungen konsequent umgesetzt werden.

Ein praxisnahes und rasch umsetzbares Gesamtkonzept „Sicherheit und Sauberkeit“ muss zeitnah unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und aller zuständigen Ämter erarbeitet werden.

Soziales

Die Sozialpolitik der CDU will ermöglichen, dass jeder Mensch nach seinen individuellen Fähigkeiten am gesellschaftlichen Leben in Bielefeld teilhaben kann. Ist Hilfe notwendig, sollen „Profis“ und Ehrenamtliche angemessene Angebote unterbreiten. Die verzahnte Arbeit hauptamtlicher und ehrenamtlicher Kräfte ist unerlässlich. Die CDU setzt aber auch auf die Mitwirkung der Betroffenen, fördert „Hilfe zur Selbsthilfe“ und versteht Sozialhilfe primär als Übergangsleistung.

Die christlichen Kirchen und Gemeinden leisten eine unentbehrliche Arbeit für den Zusammenhalt in unserer Stadt – der gebührt eine große Wertschätzung. Die Bielefelder CDU begrüßt einen kulturellen Austausch mit allen Religionsgemeinschaften.

Kontakte zu Trägern verbessern

Die Kommunikation mit den Sozialverbänden, Trägern und Vereinen ist kein Selbstzweck, sondern erwächst aus unserer Grundüberzeugung der Subsidiarität. Auch in Zukunft wollen wir freien, effektiver arbeitenden Trägern mehr Verantwortung übertragen.

In der zu Ende gehenden Legislaturperiode ist es mit Hilfe der CDU gelungen, viele Hilfsangebote und Beratungsstellen im sozial- und gesundheitspolitischen

Bereich zu stabilisieren und fortzuführen. Dabei stand die Fraktion ständig in engem Kontakt mit den Sozialverbänden, Trägern und Vereinen. Während die Verwaltung und die Ampelfraktionen die Kommunikation eher vernachlässigten, hat die CDU die Kontakte vorangetrieben und intensiviert und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen.

Doppelstrukturen abschaffen

Die Doppelstrukturen innerhalb der Stadtverwaltung, in denen sich Aufgaben von Stadt und freien Trägern überschneiden, gilt es unter einer CDU-Mehrheit abzuschaffen, um Kosten zu sparen und die Ressourcen besser zu nutzen. Gleichzeitig soll eine Struktur geschaffen werden, die zu einer effektiven Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik führt.

Gesundheitsversorgung sichern

Die gesundheitliche Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist auch zukünftig sicherzustellen. Dabei erfüllen neben niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten die Städtischen Kliniken und die konfessionellen Krankenhäuser in unserer Stadt eine wichtige Aufgabe.

Um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung in Bielefeld und der Region auch zukünftig sicherstellen zu können, brauchen wir genügend Ärztinnen und Ärzte, die als Allgemeinmediziner oder Fachärzte in niedergelassen Praxen oder Kliniken tätig werden. Jedes Jahr verliert die Region OWL rund 170 Ärzte, die altersbedingt ausscheiden und ersetzt werden müssen. Schon jetzt werden Praxen mangels geeigneter Nachfolger geschlossen. Deswegen ist in Bielefeld eine medizinische Fakultät erforderlich, um hier vor Ort jedes Jahr 200 zusätzliche Mediziner auszubilden, die in den Kliniken der Region ihre Ausbildung erhalten und sich letztlich auch hier niederlassen. Daneben wird auch mit dem vernetzten Ausbau der medizinischen Forschung, insbesondere im Bereich der Allgemeinmedizin, ein weiterer Beitrag zur Schaffung der Gesundheitsregion OWL geleistet.

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessern

Gerade in Hinblick auf die Haushaltssituation wird es notwendig sein, Synergien zu schaffen, um das soziale Angebot weiter gewährleisten zu können. Die Koordination und Organisation bedarfsgerechter Angebote wird immer wichtiger. Dabei liegt der CDU die Förderung vergleichsweise kleiner Träger

genauso am Herzen wie die der größeren. Die CDU setzt sich weiter für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie die menschenwürdige Pflege Älterer und Hilfsbedürftiger ein. Dabei hat die häusliche, ambulante Pflege Vorrang vor der stationären Pflege. Die Ausbildung von Fachkräften zur Unterstützung der Menschen, die häusliche Pflege leisten, ist voranzutreiben.

Jugendliche in Ausbildung bringen

Mit Nachdruck wird sich die CDU in der kommunalen Arbeitsmarktpolitik weiterhin dafür einsetzen, dass Jugendliche in Ausbildung und Beruf gebracht werden können. Dies setzt die Regionale Personalentwicklungsgesellschaft (REGE) bereits seit einigen Jahren sehr gut um, deren Gründung auf die Initiative der CDU zurückzuführen ist. Die frühzeitige Begleitung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen durch die REGE, führt zu einer verbesserten Integration und Rückkehr in die Arbeitswelt. Mit der REGE ist ein Modell gefunden, das weiterhin unterstützt werden muss.

Belange Behinderter einbeziehen

Bei allen Entscheidungen ist es für die CDU selbstverständlich, darauf hinzuwirken, die berechtigten Belange aller Behinderten frühzeitig und konkret einzubeziehen. Ihnen soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtert und ermöglicht werden. Einher mit der Integration und dem Einsetzen von Belangen behinderter Menschen geht auch die Inklusion. Die Inklusion stellt eine Querschnittsaufgabe dar, die nicht nur sozialpolitische, sondern auch schulpolitische Aspekte beinhaltet. Sie gilt es in allen Bereichen zu fördern.

Sprachkenntnisse von Migranten fördern

Des Weiteren setzt sich die CDU für die Förderung der Integration von Migranten ein. Integration bedeutet für die CDU das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen. Die wichtigste Voraussetzung für das Miteinander ist das Erlernen und die Beherrschung der deutschen Sprache. Um eine erfolgreiche Integration aller hier lebenden Menschen ermöglichen zu können, ist der Zugang zu Bildungseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt und zum vielschichtigen gesellschaftlichen Leben Voraussetzung. So gilt es zum Beispiel, das Erlernen der deutschen Sprache bei Kindern zu fördern, spezifische Betreuungsangebote für Seniorinnen und Senioren mit

Migrationshintergrund zu schaffen oder auch die Einstellung, Ausbildung und Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund voranzutreiben, um der stetig wachsenden Zahl von Kindern mit Migrationshintergrund Rechnung zu tragen.

Jugend

Viele Ziele der CDU im Jugendhilfebereich sind erreicht worden oder man ist auf einem guten Weg. Das gilt für den Ausbau der U3-Plätze an Kindertagesstätten und den baulichen Zustand vieler Kindergärten. Es gibt aber noch viel zu tun.

Kindertagesstätten flexibler öffnen

In der kommenden Legislaturperiode will die CDU die Öffnungszeiten in Kindertagesstätten flexibler gestalten, um der veränderten Lebensrealität und den Bedürfnissen der Eltern gerecht zu werden. Daher soll es eine Mindestöffnungszeit bis 18 Uhr in den Kindertagesstätten geben. Des Weiteren sollen innovative Modelle gefördert werden, um zusätzliche Angebote frühmorgens oder am Abend zu schaffen.

Andere Städte sind bereits mit gutem Beispiel voran gegangen. So bietet beispielsweise Flensburg flexible Betreuung an. Eltern können „Pakete“ zu 25 Stunden oder 50 Stunden erwerben. In anderen Kommunen gehen viele Kindertagesstätten Kooperationen mit Unternehmen ein und passen ihre Betreuungszeiten den Arbeitszeiten der Eltern an. Auch Übernachtungen von Kindern von z.B. Klinikpersonal oder Schichtarbeitern sind dann möglich, da die Kita direkt in das Unternehmen integriert ist.

Vertretungspool für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einrichten

Gleichzeitig zu den flexiblen Öffnungszeiten muss ein funktionierender Vertretungspool von Erzieherinnen und Erziehern eingerichtet werden, damit im Krankheitsfall oder bei anderen Personalausfällen qualifizierte Fachkräfte in den Kindertagesstätten zur Verfügung stehen. Eine Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss vermieden werden, damit es in direkter Folge nicht zu Belastungen für die Kinder kommt. Wichtig ist auch die Qualitätssicherung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kindertages-stätten müssen Weiterbildungsmaßnahmen ermöglicht werden. Auch in solchen Fällen hilft der Vertretungspool.

Der Gewalt gegen junge Männer vorbeugen

Ein weiteres wichtiges Thema für die CDU ist das Vorgehen gegen die zunehmende Gewalt gegen junge Männer. Hier gilt es aufzuklären und vorzubeugen. Die CDU regt an, über den Internetauftritt der Stadt Bielefeld auf Beratungsstellen hinzuweisen, an die man sich in akuten Notfällen wenden kann.

Einsparpotentiale aufzeigen und Doppelstrukturen abschaffen

Bei der derzeit schlechten Haushaltslage der Stadt Bielefeld wird es ebenso wichtig sein, Einsparpotenziale aufzuzeigen und umzusetzen. Die CDU begrüßt, dass die Verwaltung unseren Vorschlag aufgegriffen hat, das nicht ausreichend frequentierte Kinderrathaus zu streichen und den Betriebskindergarten, aufgrund des bereits vorhandenen Angebotes von Kindertagesstätten, nicht umzusetzen. Ein weiterer erheblicher Einspareffekt ist durch die Abschaffung von Doppelstrukturen innerhalb der Stadtverwaltung möglich. In weiteren Bereichen überschneiden sich städtische Angebote mit denen freier Träger und verursachen zusätzlich unnötige Kosten. In einem ersten Schritt soll kritisch geprüft werden, wo genau Doppelstrukturen bestehen. Dann ist zu entscheiden, was die Stadt und was die freien Träger leisten sollen.

Mit freien Trägern reden

Die CDU wird zudem massiv auf die Verwaltung einwirken, um die Kommunikation mit den freien Trägern zu verbessern. Ein vertrauensvolles Miteinander ist Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit. Die freien Träger beklagen indes, dass es an der Kommunikation mit dem Rathaus erheblich mangelt.

Freizeitzentren sichern

Die CDU wird sich zudem für den Erhalt der viel benutzten Freizeitzentren einsetzen. Gerade die Freizeitzentren in Stieghorst, Baumheide und das Luna Freizeitzentrum in Sennestadt bieten neben Freizeitangeboten auch stadtteilbezogene Arbeiten sowie Beratungen an. Durch den Beschluss von SPD, Grünen und FDP werden in diesem Jahr personelle Einsparungen vorgenommen. Weitere Einsparungen gilt es zu verhindern.

Kindern helfen und Sprache fördern

Auch das Thema Prävention muss weiter gefördert werden. Treten lebensverändernde Momente wie beispielsweise Scheidung der Eltern, Tod eines nahen Angehörigen, Flucht oder Migration für ein Kind ein, gilt es dies mittels zielgerichteter Präventionsangebote, Beratungen oder Eingliederungshilfen aufzufangen.

Besonders am Herzen liegt der CDU das Thema Sprachförderung. Immer noch haben leistungsschwache Jugendliche kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Der mangelnden Ausbildungsreife muss mit einer intensiven Sprachförderung so früh wie möglich entgegengewirkt werden. Wie wichtig dies ist, zeigen aktuelle Zahlen. Im Jahr 2012 war jeder vierte sechsjährige Junge in Sprachtherapie, bei den sechsjährigen Mädchen waren es 17 Prozent. Häufig kommt es zu Sprachstörungen vor Abschluss der Sprachentwicklung. Hier muss noch vor dem Eintritt in die Schule eine intensive Förderung vorgenommen werden.

Die Stimme der jungen Menschen in Bielefeld findet nicht ausreichend Gehör. Bielefeld braucht eine neue Plattform, durch die sich junge Menschen in den politischen Entscheidungsprozess einbringen können. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Verwaltung neue Formen der Bürgerbeteiligung prüft und diese auch umsetzt.

Kultur

Kultur und Kulturförderung sind für die CDU keine „Freiwillige Aufgabe“ der Kommune, sondern vielmehr unverzichtbarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge. Das kulturelle Angebot Bielefelds stellt einen wichtigen Standortfaktor dar. Es ist das Ziel der CDU, die Vielfalt zu erhalten. Vor dem Hintergrund knapper Finanzen, müssen neue Wege erkundet werden. Mehr denn je wird ein breites bürgerschaftliches Engagement notwendig sein, das schon jetzt beispielhaft ist. Das Stadttheater mit den drei Sparten Schauspiel, Musik und Tanz, die Kunsthalle mit überregional beachteten Ausstellungen sowie die Kunst- und Musikschule sind drei von vielen Institutionen, die wesentlich zum guten Ruf Bielefelds als Kulturstadt beitragen. Das Stadttheater verdient besondere Anerkennung. Mit Einsparungen in Höhe von jeweils 800.000 Euro in den nächsten drei Jahren tragen die Bühnen erheblich zur Entlastung des städtischen Etats bei.

Sponsoren unterstützen

Viele kulturelle Aktivitäten wären ohne die ideelle und finanzielle Hilfe der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich gewesen. Deshalb soll die Sponsorenförderung und -unterstützung verstärkt und vorangetrieben werden.

Kultureinrichtungen vernetzen

Um die Zukunft Bielefelds als Kulturstadt zu sichern, sollten die Kultureinrichtungen miteinander vernetzt werden. Eine gegenseitige Unterstützung kann für alle Einrichtungen von wirtschaftlichem Vorteil sein. Öffentliches Geld muss nicht ausgegeben werden.

Mit Nachbargemeinden zusammenarbeiten

Vorangebracht werden soll die kulturelle Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen. Durch den Austausch von Erfahrungen, mit gegenseitigen Tipps und Anregungen, lassen sich Einspareffekte erzielen. Gemeinsame Projekte, wie Konzerte oder Lesungen, würden die kulturelle Vielfalt erhalten und gleichzeitig den städtischen Haushalt entlasten, da die Finanzierung auf mehrere Partner verteilt würde.

Bauernhausmuseum stärken

Besonders am Herzen liegen der CDU die Denkmalpflege sowie der Erhalt des Bauernhausmuseums, das zu den ältesten und wichtigsten kulturellen Einrichtungen der Stadt zählt. Der Betrieb wird durch eine gemeinnützige Gesellschaft vorgenommen. Die Stadt überlässt hierzu kostenlos die Gebäude und zahlt einen Betriebskostenzuschuss, der derzeit 18,7 Prozent der Aufwendungen ausmacht. Die Gesellschaft betreibt das Museum auf eigene Rechnung und beschäftigt zwei festangestellte Mitarbeiter in Vollzeit und drei Mitarbeiter in Teilzeit. Hervorzuheben sind 45 ehrenamtliche Mitarbeiter über den Förderverein, die sich einbringen bei Aufsicht, Imkerei und Backgruppe. Das Museum leistet eine wertvolle Aufgabe in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht und stellt ein attraktives Ausflugs- und Ausstellungsziel für die Menschen in unserer Stadt als auch im Umkreis dar. So lernen viele Schulklassen das frühere Leben kennen. Das Ehrenamt sollte unterstützt werden. Hier ist die Zusammenarbeit mit Sponsoren zu vertiefen.

Kulturkarte einführen

Die CDU setzt sich dafür ein, dass Inhabern von Bielefeld-Pässen eine Kunst- und Kultur-Unterstützungskarte nach Osnabrücker Vorbild zur Verfügung gestellt wird. Die Karte soll ermöglichen, Restkarten für kulturelle Veranstaltungen zu einem Preis von einem Euro zu kaufen. Von einer solchen Regelung würden nicht nur die Inhaber des Bielefeld-Passes profitieren, sondern auch die Veranstalter durch einen Zuwachs an Besuchern.

Theater am Alten Markt in Stiftung aufnehmen

Das Stadttheater Bielefeld befindet sich bereits in Händen der Theaterstiftung und erhält einen mit der Stadt vereinbarten Zuschuss. Hiervon wird unter anderem die Miete für das Haus gezahlt. Die Spielplangestaltung – auch für das Theater am Alten Markt und den Bereich Tanz – liegt bei der Intendanz. Nach Meinung der CDU sollte das Gebäude des Theaters am Alten Markt auch in die Stiftung aufgenommen werden, schon deshalb, um eine andere Nutzung von vornherein auszuschließen. Fest im Auge hat die CDU zudem den Ausbau des Ravensberger Parks zu einem Museumspark. Die CDU würde gerne einen Sponsor für den Ravensberger Park finden und im Gebäude des Ordnungsamtes ein weiteres Museum einrichten. Entweder einen zweiten Flügel des NAMU oder ein Museum für Fotografie. Im Hinblick auf unsere finanzielle Lage ist dies nur mit einem Sponsor zu realisieren.

Theaterpädagogische Arbeit fortsetzen

Zudem setzt sich die CDU für die theaterpädagogische Arbeit in den Schulen ein. Es ist erwägenswert, diese Arbeit als Pflichtfach zu etablieren.

Kulturlastenausgleich des Landes schaffen

Das Land Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, einen Kulturlastenausgleich zu schaffen. Kommunen wie Bielefeld mit Einrichtungen von überregionaler Bedeutung könnten vom Land eine finanzielle Unterstützung erfahren. Bielefeld als Oberzentrum hält diverse kulturelle Einrichtungen vor, die von den Einwohnern umliegender Gemeinden gleichermaßen genutzt werden, ohne dort Kosten zu verursachen. Niedersachsen denkt deshalb über einen entsprechenden Ausgleich nach, den es der Stadt zahlt, die Institutionen von überregionaler Bedeutung einrichtet und unterhält. Diese Anregung sollte aufgenommen werden und könnte nur über das Land eingebracht werden.

Kontakt

CDU Bielefeld
Turnerstr. 5-9
33602 Bielefeld

Telefon: (+49 521) 52 08 70
Telefax: (+49 521) 520 87 13

www.cdu-bielefeld.de
info@cdu-bi.de